

**Motion SP-GRÜ-Fraktion:  
«Sicherheit für die St.Galler Kantonalbank**

Das Kantonalbankgesetz (sGS 861.2) vom 22.09.1996 setzt die Grundzüge der Regelungen rund um die St.Galler Kantonalbank nach der Teilprivatisierung. Es legt fest, dass der Staat wenigstens 51 Prozent des Aktienkapitals und der Aktienstimmen hält. Zur Geschäftstätigkeit bestehen keine direkten Regelungen. Es gibt auch keine Eigentümerstrategie, die durch den Kantonsrat mitbestimmt oder zumindest zur Kenntnis genommen wurde.

Die St.Galler Kantonalbank SGKB expandierte mit ihren zugekauften Tochterunternehmen Hyposwiss und mit einer eigenen Dependence in Deutschland in neue Märkte, die mit weit höheren Gewinnerwartungen verbunden waren. Der neue Kundenstamm ausserhalb des bisherigen Geschäftsrayons einer Kantonalbank brachte aber auch entsprechende neue Risiken finanzieller Art sowie im Bereich der Reputation. Angesichts der heute sichtbaren Folgen dieser Entwicklungen, wie die erheblichen Reputationsschäden aus der Geschäftstätigkeit der Hyposwiss, finanzielle Lasten aus dem US-Steuerstreit und aus der Trennung von der Hyposwiss sowie unbestimmte Aussichten bei der Verwaltung von un versteuerten Geldern, sind Vorgaben von Seiten des Hauptaktionärs Kanton St.Gallen notwendig. Die Vorgaben sollten mindestens zwei Bereiche umfassen: Die Abkehr von der Verwaltung von un versteuerten Geldern hin zu einer umfassenden Weissgeldstrategie sowie die räumliche Eingrenzung der Geschäftstätigkeit auf den Heimmarkt.

Vorgaben (z.B. für die Vertretung des Hauptaktionärs) im Kantonalbankgesetz wären die verbindlichste Vorgehensweise. Als weitere Möglichkeit für die Durchsetzung von Vorgaben käme eine verbindliche Eigentümerstrategie, formuliert durch die Regierung und zur Kenntnis genommen durch den Kantonsrat, in Frage.

Die Regierung wird beauftragt, für die Durchsetzung einer umfassenden Weissgeldstrategie der St.Galler Kantonalbank sowie einer räumlichen Eingrenzung die notwendigen gesetzlichen und/oder allenfalls strategischen Rahmenbedingungen zu schaffen.»

25. Februar 2014

SP-GRÜ-Fraktion